

Aber ich sagte mir, die Krone muß rasch zuschlagen. In einer Woche würde der Interfraktionelle Ausschuß zusammentreten, was heute noch eine Initiative ist, wird dann als Kompromiß mit parlamentarischen Machtansprüchen erscheinen, noch später als ein Angstprodukt und in ein paar Monaten als eine Kapitulation des Monarchen.

Ich war nahe daran, die ernststen Worte des sozialdemokratischen Führers Seiner Majestät zur Kenntnis zu bringen, aber ich unterließ es schließlich aus dem Gefühl heraus, nach dem Telegramm des Kaisers meinen Rat nicht aufs neue anbieten zu können.

Leider kam auch — durch ein Mißverständnis — eine Unterredung nicht zustande, die zwischen dem Abgeordneten Ebert und mir vereinbart war.

Da erfolgte am 14. September das österreichische Friedensangebot an alle feindlichen Mächte. Herr v. Hing e hatte den „Schrei des Ertrinkenden“ nicht hindern können, der nun das verdiente Echo fand. Reuters meldete schon am nächsten Tage als Ansicht der amtlichen Stellen in Washington: Osterreich-Ungarn ist am Zusammenbruch. Man könne nur eine Antwort geben: „Gewalt bis zum Äußersten, Gewalt ohne Begrenzung und Beschränkung.“ Auch England verhielt sich natürlich ablehnend, aber es war bezeichnend, daß Balfour ein glattes Nein nicht wagte. Er schob Deutschland die Verantwortung zu: Payer hätte nichts von Entschädigung Belgiens gesagt:

„Die die Führer in Deutschland, das Hauptquartier, der Kaiser, der Kanzler und der Reichstag, bereist seien, ihre Absichten klar zu formulieren und eine Lösung zu suchen, die übereinstimme mit dem, was die Alliierten im Interesse des Rechts, der Zivilisation und des Friedens für nötig hielten, sich Erörterungen fruchtlos.“

Der Interfraktionelle Ausschuß begann am 21. September seine Besprechungen. Conrad Hauffmann hat mir kurz vor seinem Tode seine Aufzeichnungen über diese Sitzungen zur Verfügung gestellt, und ich muß heute bekennen, daß ich den Majoritätsparteien bitter Unrecht getan hatte, als ich den Kaiser Anfang September vor ihnen warnte: sie würden unsere Notlage ausnutzen, um Friedensresolutionen zu machen und parlamentarische Machtansprüche zu befrichtigen. Wer die Notizen Hauffmanns sieht, muß zu dem Urteil kommen:

Die Abgeordneten sehen die Wirklichkeit der Situation, die Notwendigkeit eines Regierungswechsels, die Pflicht, die Bedürfnisse der Armee voranzustellen, auch den Interessen der Partei und der Personen. Aber die Herren drängt weder Ehrgeiz noch besondere Eignung zur großen Verantwortung: sie warten ungeduldig auf die Initiative von Krone und Regierung. Sie wollen nur herangezogen werden und fordern deshalb, daß man auch parlamentarische Vertreter in die Regierung berufe. Das